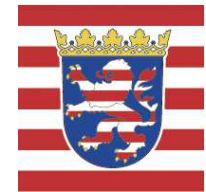


Hessisches Ministerium der Justiz,
für Integration und Europa

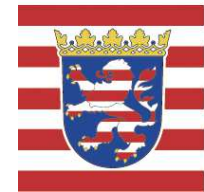
HESSEN



Elektronische Aufenthalts- überwachung

Vortrag am 23. Januar 2012

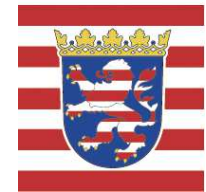




Elektronische Aufenthaltsüberwachung im Rahmen der Führungsaufsicht

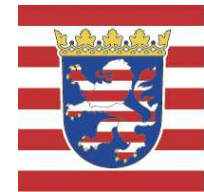
§ 68b Abs.1 S.1 Nr.12 StGB n.F. (seit 1. Januar 2011):

Das Gericht kann die verurteilte Person für die Dauer der Führungsaufsicht ... anweisen, die für eine elektronische Überwachung ihres Aufenthaltsortes erforderlichen technischen Mittel ständig in betriebsbereiten Zustand bei sich zu führen und deren Funktionsfähigkeit nicht zu beeinträchtigen.



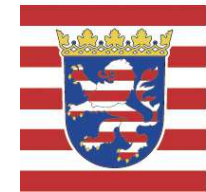
Ziele

- Erhöhung der Hemmschwelle für die Begehung neuer Straftaten durch die Erhöhung des Entdeckungsrisikos
- Verbesserung der Sicherheit der Bevölkerung im Allgemeinen und bestimmbarer möglicher Opfer im Besonderen



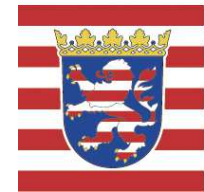
Aber:

- der Gesetzgeber hat gerade **keine anlassunabhängige, permanente Echtzeitbeobachtung** erlaubt („blinkender Punkt“)
- kein Ersatz für eine geschlossene Unterbringung
- keine unbegrenzte Speicherung der aufenthaltsbezogene Daten; grundsätzlich sind diese nach **zwei Monaten** zu löschen (§ 463a Abs. 4 S. 5 StPO)



Erlaubte Verwendungszwecke nach § 463a Abs.4 StPO

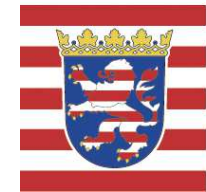
1. zur Feststellung des Verstoßes gegen eine Weisung nach § 68b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, 2 oder 12 des Strafgesetzbuches,
2. zur Ergreifung von Maßnahmen der Führungsaufsicht, die sich an einen Verstoß gegen eine Weisung nach § 68b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, 2 oder 12 des Strafgesetzbuches anschließen können,
3. zur Ahndung eines Verstoßes gegen eine Weisung nach § 68b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, 2 oder 12 des Strafgesetzbuches,
4. zur Abwehr einer erheblichen gegenwärtigen Gefahr für das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die persönliche Freiheit oder die sexuelle Selbstbestimmung Dritter oder
5. zur Verfolgung einer Straftat der in § 66 Absatz 3 Satz 1 des Strafgesetzbuches genannten Art.



Rechtliche Einordnung und Voraussetzungen

Instrument der Führungsaufsicht bei

- ✓ Vollständiger Verbüßung einer Strafe von mindestens drei Jahren oder Erledigung einer Maßregel
- ✓ Katalogtaten des § 66 Abs. 3 S. 1 StGB, insb. Sexual- und Gewaltstraftaten
- ✓ Gefahr der erneuten Begehung einer solchen Katalogtat
- ✓ Erforderlichkeit der EAÜ, um den Verurteilten von der Begehung weiterer Taten der in § 66 Abs. 3 S. 1 StGB genannten Art abzuhalten und
- ✓ an die Lebensführung der verurteilten Person gemäß § 68 b Abs.3 StGB keine unzumutbaren Anforderungen gestellt werden



Unterschiede zum bisherigen EFF-Projekt

✓ Andere Zielgruppe

→ Sexual- und Gewaltstraftäter statt unstrukturierten Straftätern im Bereich der mittleren und niederen Kriminalität

✓ Rückfall- statt Haftvermeidung

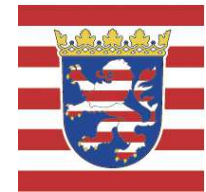
→ keine unmittelbare Ersparnis von Haftkosten

→ kein Ersatz für eine geschlossene Verwahrung

✓ Kein Einwilligungserfordernis

→ Anordnung auch gegen den Willen möglich

✓ GPS-gestützte Überwachung

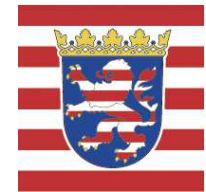


Einsatzmöglichkeiten I

- ✓ **Spezialpräventiv wirkende EAÜ ohne begleitende
aufenthaltsbeschränkende Weisungen**

→ Möglichkeit der strafprozessualen Verwertung der
Aufenthaltsdaten bei späterem Tatverdacht

→ Stärkung der Selbstkontrolle der verurteilten Person



Einsatzmöglichkeiten II

✓ **Spezialpräventiv wirkende EAÜ mit begleitenden
aufenthaltsbeschränkenden Weisungen**

→ Einrichtung von Ge- und Verbotszonen zur Überwachung
aufenthaltsbezogener Weisungen nach § 68b Absatz 1 Satz 1
Nr.1 und 2 StGB

→ Konkreter Opferschutz oder Meidung kriminogen Umfeldes

Definition von Ge- und Verbotszonen



Zones

Name	Type	R
Justizpalast	Polyg...	lr
Botanischer	Polyg...	E
Bahnhof	Circular	E
Verboten II	Polyg...	E
test-Elmo	Circular	E
HMDJ	Circular	E

Properties

Zone Name: Verboten II

Rule: Exclusion

Grace Time: 0 min.

Curfew Zone

Zone Type

Polygonal Circular

Zone Properties

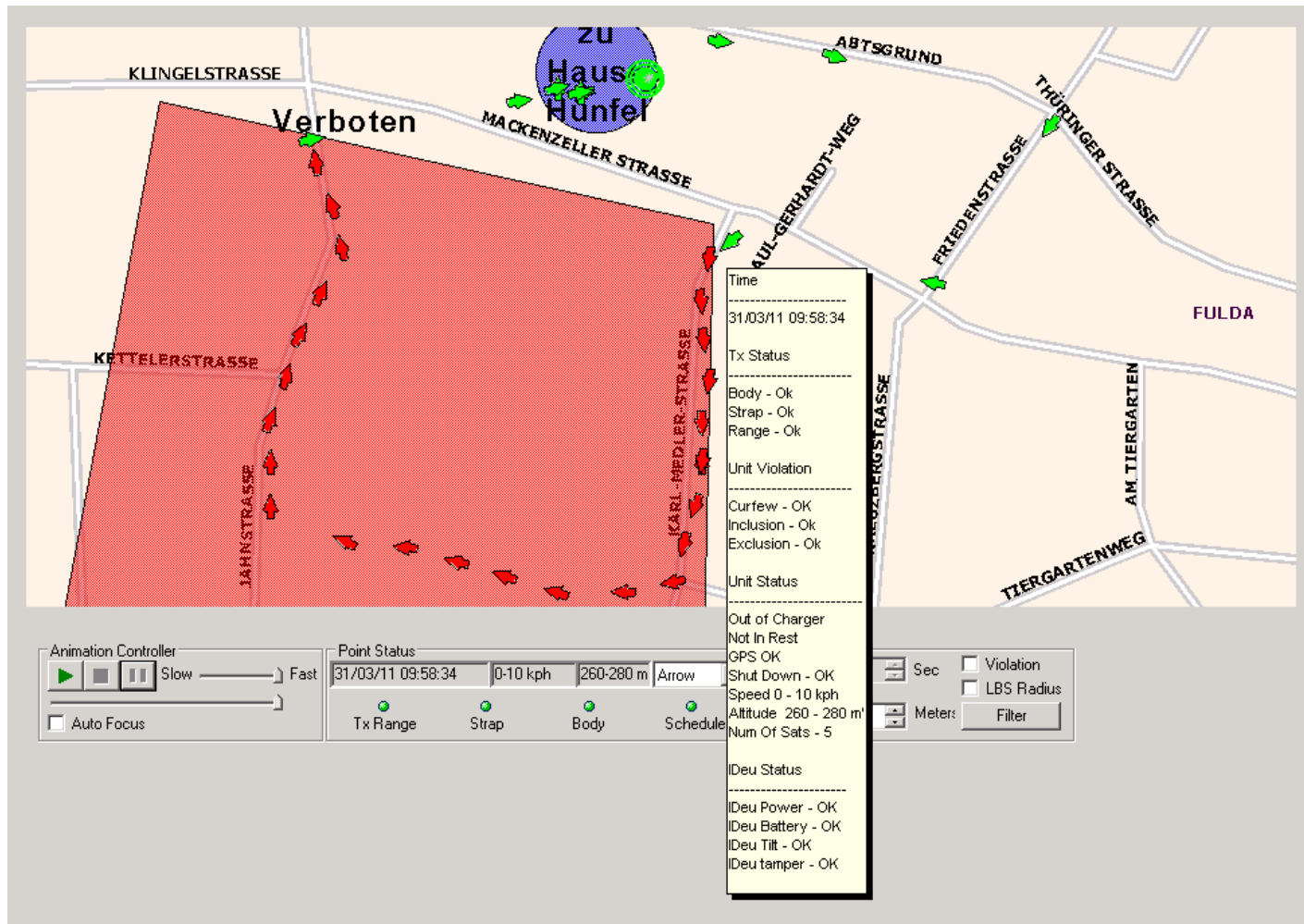
Center

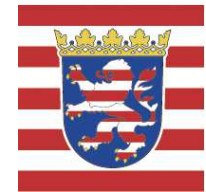
Lat: 48.138719

Lon: 11.563071

New Delete
Update Undo

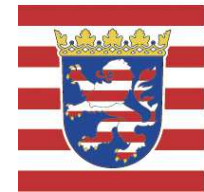
Definition von Ge- und Verbotszonen





Rechtsfolgen von Weisungsverstößen

- Verstöße gegen Weisungen nach § 68b Abs. 1 StGB werden gemäß **§ 145a StGB** mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.
- Sie können sogar unter bestimmten Voraussetzungen zur Anordnung der **primären Sicherungsverwahrung** nach § 66 Abs. 1 Nr. 1c) StGB führen.



Durchführung der Überwachung

➤ Technisches Monitoring

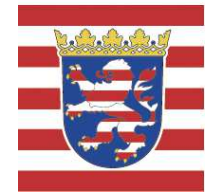
- Verarbeitung der bei der EAÜ anfallenden Daten

➤ Fachliches Monitoring

- Filtern der Daten : Vorklärung und Meldung an zuständige Stellen (Bewährungshilfe, Führungsaufsichtsstelle, Polizei)

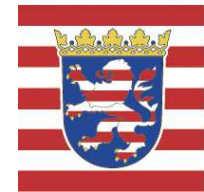
➤ Reaktion durch

- Polizei zur Gefahrenabwehr (präventiv)
- Justiz zur Strafverfolgung (repressiv)
 - Erteilung weiterer Weisungen
 - Ahndung von Weisungsverstößen
 - Verfolgung neuer Straftaten



Technisches Monitoring

- ✓ Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD)
- ✓ Einrichtung von Ge- und Verbotszonen
- ✓ Pseudonymisierte Verarbeitung der bei der EAÜ gewonnenen Aufenthaltsdaten

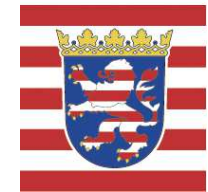


Fachliches Monitoring

- ✓ Gemeinsame elektronische Überwachungsstelle der Länder (GÜL) bei der IT-Stelle der Hessischen Justiz in Bad Vilbel
- ✓ Abarbeiten eingehender Ereignismeldungen (Filterfunktion)
- ✓ Unmittelbare Kontaktaufnahme zum Probanden
- ✓ Information der zuständigen Stellen nach in Fallkonferenzen festgelegten Meldewegen
 - ✓ Technischen Dienstleister (bei technischen Problemen)
 - ✓ Soziale Dienste der Justiz (Bewährungshilfe / Führungsaufsichtsstelle)
 - ✓ Polizei bei konkreter oder nicht ausschließbarer Gefahr

Hessisches Ministerium der Justiz,
für Integration und Europa

HESSEN



Fachliches Monitoring - Kontakt

- per Telefon: 06101 / 8009-1007
- per email: guel@it-stelle.justiz.hessen.de
- per Telefax: 06101 / 8009-3007
- postalisch:
IT-Stelle der hessischen Justiz
Gemeinsame elektronische Überwachungsstelle der
Länder (GÜL)
Friedrich-Ebert-Straße 28
61118 Bad Vilbel